



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/157 - 11.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|--|------|
| Die Antwort der Westmächte | S. 1 |
| Österreich im Widerstreit der Besatzungsmächte | S. 3 |
| Die finanzielle Lage der Lehrer | S. 5 |
| Folgerungen aus dem Fall Linse | S. 7 |

Problematische Antwort

P.R. Die Note der Westmächte vom 10.7. als Antwort auf die Moskauer Darlegungen vom 24. Mai gipfelt in dem Vorschlag einer Viermächte-Konferenz, deren eigentlicher Zweck die Konstituierung einer Untersuchungskommission sein soll. Es werden dafür eine Reihe von generellen Vorschlägen gemacht.

Nun weiss man, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und der Sowjetunion sich auch in dem vorangegangenen Teil des Notenwechsels vor allem auf diese Untersuchungskommission zur Prüfung der Frage, wie weit in Deutschland die Voraussetzung für wirklich freie Wahlen gegeben sind, und wie solche freien Wahlen garantiert werden können, bezogen haben. Sie bestehen im Kern darin, dass die Russen eine durch die vier Mächte selbst gebildete Kommission wünschen, die Westmächte ein neutral zusammengesetztes Gremium. Die jetzige Note schliesst zwar die Möglichkeit einer Zustimmung zu einer aus Vertretern der vier Mächte zu bildenden Kommission nicht aus, äussert aber erhebliche Bedenken gegen diese Form ihrer Zusammensetzung. Deshalb ist anzunehmen, dass auch nach dieser Note über die Zusammensetzung und die Befugnisse einer solchen Kommission noch ein weiterer Meinungs-austausch zwischen den beteiligten Mächten stattfinden wird.

Manche politischen Beobachter sind nun der Ansicht, dass es hätte möglich sein müssen, aufgrund der Sowjetnote vom 24.5. - 2 -

ohne weiteren zeitraubenden Notenwechsel über die einzelnen Etappen des weiteren Weges zu Viermächte-Verhandlungen auf höherer Ebene zu kommen, um die Bedingungen für eine freie Wahl zu erörtern und festzulegen. Auch die Sowjetnote vom 24. Mai hatte ja in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen den Vorschlag gestellt, mit dem überaus schwerfälligen Verfahren des Austausches immer neuer Noten Schluss zu machen und stattdessen mit dem direkten Gespräch zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu beginnen.

Die Westmächte haben sich entschlossen, diesen Weg nicht zu gehen und stattdessen noch einige Vorfragen auf schriftlichem Wege zu klären. Sie sind dabei offenbar von der Absicht ausgegangen, ein, wie sie glauben, verfrühter Beginn der Verhandlungen könne allzu leicht das ganze Projekt in Gefahr bringen - zumindest ist dies die Erklärung, die in der Zeit vor der Überreichung der Note immer wieder in Presse und Rundfunk abgegeben wurde. Deshalb haben sie in der vorliegenden Note ihre Bemühungen auf das Zustandekommen einer Art Vorkonferenz zur Konstituierung der erwähnten Unterkommission konzentriert.

Unklar bleibt, warum die Regierungen in Washington, London und Paris fast sieben Wochen brauchten, diese problematische Antwort zu geben. Eine raschere Reaktion auf das seinerzeitige sowjetische Angebot hätte schon durch die Promptheit der Erledigung eine bessere Wirkung gehabt und nicht den unerfreulichen Eindruck entstehen lassen, als sei man durch Moskau doch irgendwie in Verlegenheit gebracht worden. Die Sowjets haben seinerzeit auf die vorletzte Note der Westmächte vom 13. Mai innerhalb von zehn Tagen geantwortet, weil sie sich der psychologischen Wirkung bedienen wollten und auch bedient haben, den eine solche schnelle Antwort auf viele Menschen hätte haben können und auch gehabt hat. Aber es ist nicht neu, dass die Sowjetunion in einer wirksamen Auswertung ihrer diplomatischen Schritte sich ihren westlichen Gegenspielern immer wieder überlegen gezeigt hat.

Nach zahlreichen Veröffentlichungen am Beginn der vergangenen Woche muss man annehmen, dass die schliesslich veröffentlichte Fassung der Note eine Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen Text darstellt, wie er zwischen den Westalliierten vereinbart worden war im Sinne einer Verhärtung des Gegensatzes zwischen den beiden grossen Gegenspielern und dass diese Tatsache auf die vielbesprochene Intervention des Bundeskanzlers zurückzuführen ist. Die letzten zwei Tage im Bundestag haben gezeigt, wie wohlbegründet eine solche Vermutung ist.

In dieser Note spielen Vorbehalte eine grosse Rolle. Dazu nur abschliessend ein kurzes Wort: Es ist schwer, mit Sicherheit zu entscheiden, ob sie gemacht werden, um sich vor den befürchteten Hinterhältigkeiten der Sowjetunion so gut wie möglich zu sichern oder ob sie eine Art Kulisse sind, hinter der die eigene geringe Neigung verborgen werden soll, schon bald und in diesem Stadium der politischen Entwicklung zu einer Vierer-Konferenz zu kommen - der einzigen Möglichkeit für eine deutsche Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln.

Streit auf Österreichs Rücken

O.R. Wien, Mitte Juli 1952

Österreich könnte der Ausgangspunkt für eine europäische Befriedung werden - das ist die Hoffnung der Wiener Regierung. Bei einigem guten Willen könnten hier die Besatzungsmächte den Anfang machen, wenn die Probleme liegen nicht so tief wie etwa in Deutschland. Österreich darf sich immer noch auf die Deklaration der späteren Sieger berufen, die ihm 1943 in Moskau die volle Freiheit versprochen. Und Acheson hat anlässlich seines Besuches in der österreichischen Bundeshauptstadt nachdrücklich darauf verwiesen, dass von vier Besatzungsmächten nicht weniger als drei bereit sind, die Heimreise anzutreten.

Wenn eine Teilung Österreichs verhindert werden kann, so nur durch die Zuerkennung einer tatsächlichen Souveränität, die von beiden Lagern respektiert wird. Gegenwärtig spielt die österreichische Aussenpolitik noch eine passive Rolle, weil der Staat noch Objekt und nicht frei handelndes Subjekt ist. Deshalb strebt sie die Aufnahme in die Vereinten Nationen an und verweist darauf, dass es den sogenannten spezialisierten Körperschaften, wie der Unesco oder der Weltgesundheitsorganisation, bereits angehört, während es nach Strassburg nur Beobachter entsandte, um eine allzu einseitig betonte Westorientierung seiner Aussenpolitik im Hinblick auf Russland und nicht zuletzt auch auf die Nachbarn, mit denen es jahrhunderte lang wirtschaftlich und politisch verbunden war, zu vermeiden. Das bisherige Ergebnis stimmt nicht froh. Vizekanzler Dr. Schärff (SPÖ) zog kürzlich die Bilanz: die Verluste aus der Besetzung seien fast ebenso gross wie die Auslandshilfe. Es ist leider festgestellt worden, dass der Zufluss aus dem Westen durch den (unkontrollierbaren) Abfluss nach dem Osten ausgeglichen wird. Und so rief Schärff den Grossmächten zu: "Die Fortdauer der Besetzung ist nicht durch unser Verschulden begründet, sondern durch Eure Uneinigkeit. Lasst uns nicht die Kosten Eures Streites bezahlen!"

Es scheint, dass Swiridow nur gutes Österreich-Wetter erzeugen will. Plötzlich erhielten die österreichischen Unternehmer, die aus der Ostzone ausführen, die sowjetischen Genehmigungen -

sie waren, 700 an der Zahl, monatelang bei der Russischen Wirtschaftsverwaltung im Hotel Imperial zurückgehalten worden. Nur 27 sollen nach Angabe des Bundeskanzlers liegengeblieben sein, doch haben die Russen eine baldige Erledigung versprochen. Diese kleinen Zugeständnisse erwecken natürlich gewisse Hoffnungen. Vielleicht sind sie nur durch Swiridows Schlaueit zu verstehen, denn gegenwärtig verärgern die Amerikaner durch schlechtes Benehmen die einheimische Bevölkerung und besonders Salzburg hat darunter zu leiden. Innenminister Helmer (SPÖ) hat sich wegen dieser Ausschreitungen an den US-Hochkommissar gewandt und erhielt die Antwort, dass die militärpolizeilichen Streifen vermehrt und strenge Massnahmen nicht nur gegen die Täter, sondern auch gegen deren Einheiten angedroht worden seien. Eine weitere Note des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Österreich, General Hays, verspricht eine Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Strassen der amerikanischen Besatzungszone. ^{Sehr} verärgert hat auch der Plan, in Salzburg einen Panzerübungsplatz zu errichten. Der Salzburger Gemeinderat protestierte schärfstens dagegen, die KP heuchelte: denn ihre Propagandisten konnten nach vielen Lügen nun endlich Tatsachen servieren.

Diese Plänkeleien mit den Amerikanern wiegen natürlich nicht entfernt die laufende Plünderung durch die Russen auf, man kann sie im Grunde damit gar nicht vergleichen. Die sowjetischen Unternehmungen verbreiten ständig ihre Basis. Kapital steht genügend zur Verfügung. Ausser der Lohnsteuer, der Grundsteuer und der Lohnsummensteuer werden von den USIA-Betrieben keine Steuern bezahlt. Auf eine SPÖ-Anfrage teilte der Finanzminister Prof. Kamitz mit, alle Versuche der Finanzverwaltung, Steuerklärungen, Bilanzen und Betriebsabrechnungen von den besetzten Betrieben zu erlangen, seien gescheitert. Die meisten USIA-Waren gehen unverzollt und ohne Wissen der österreichischen Behörden über die Grenzen. Die Ausbeutung Österreichs durch die Russen geht in den verschiedensten Formen weiter, sie steht in schräffstem Gegensatz zu Ansätzen für eine verständnisvollere Einstellung in unwichtigen Sonderfragen, die offensichtlich nur taktisch bedingt ist.

+ + +

Berichtigung

In dem Artikel "Fazit zweier Tage" befinden sich zwei bedauerliche technische Fehler. Auf der fünftetzten Zeile der ersten Seite muss es heissen: "Dies Territorium ist nicht Deutschland" und auf der viertetzten Zeile am Schluss des Artikels: "... einen Gegner wie die Sowjetunion mit massiver militärischer Drohung ...". Wir bitten, diese Versehen zu entschuldigen. D.Red.

Schlecht bezahlter Lehrer-Idealismus

-dt. Sechs Semester an einer Pädagogischen Hochschule muss ein Lehreranhänger ausser dem Abitur hinter sich bringen, um als Junglehrer aufgenommen zu werden. Würde er noch zwei Semester weiter studieren, hätte er ein vollakademisches Studium hinter sich. So ein Junglehrer wird nach den heutigen Besoldungsvorschriften mit annähernd 200 DM monatlich angestellt, das entspricht etwa dem Einkommen eines ungelernten Arbeiters. Der Vergleich soll nicht etwa beweisen, dass der ungelernte Arbeiter überbezahlt sei, ein Blick auf den Lebenshaltungsindex würde eine solche Annahme von vornherein ad absurdum führen. Er zeigt aber drastisch, wie wenig Vater Staat von den Menschen hält, denen es, wie man so schön zu sagen pflegt, die Zukunft des Volkes, die Jugend, anvertraut.

Kaum ein Beruf verlangt soviel Idealismus wie der des Lehrers und es ist eine Binsenwahrheit: die Eindrücke, die das Kind von seinem sechsten Lebensjahr bis zur Reife in der Schule bekommt, sind zumindest den Eindrücken des Elternhauses ebenbürtig, wenn sie nicht in zahlreichen Fällen wichtiger sind. Man sage uns, wie lange der mitgebrachte und bitterbenötigte Fundus an Idealen reichen soll, wenn der Staat den Träger dieses Idealismus materiell verkümmern lässt? Wenn der 22-25-jährige Junglehrer kaum sein nacktes Leben fristen kann, wenn er "vom Brot allein" leben soll? Dabei ist der Begriff Junglehrer dehnbar. Es gibt viele, die durch ^{den} Krieg unverschuldet aus der Bahn geworfen wurden, erst nach zehn Jahren zurückfanden und nun mit 30 oder 35 Jahren "Junglehrer" werden. Nur in bestimmten Fällen erkennt ihnen der Staat vier Kriegsjahre an, die Mehrzahl ist auf ein 200-DM-Leben angewiesen. Welche Ideale soll so ein Mensch lehren und vorleben? Die des Hungers? Er müsste heucheln, aber zum Glück hat diese Generation das Heucheln an Flakkanonen oder in Bunkern verlernt. Unzählige haben sich inzwischen in die Verbit-
terung geflüchtet.

In der Praxis sieht diese Verbit-
terung so aus: die Meldungen an den pädagogischen Hochschulen sind um 50 % zurückgegangen; bei den Männern stärker, bei den Mädchen schwächer. "Lehrer? Nein" - ist bei vielen Abiturienten die schroffe Antwort auf die Frage nach

der Berufswahl. Und es sind nicht die Untüchtigsten, die einen anderen Beruf ergreifen. Die Folgen sind unschwer zu erkennen: es wird weniger Lehrer geben (es gibt heute schon zu wenig) und diese Wenigen sind keineswegs die Besten, von Ausnahmen abgesehen. Was das für die Erziehung der Jugend bedeutet, kann man sich ebenso unschwer ausmalen. Dabei kommt es häufig vor, dass ein 200-DM-Lehrer zwei Klassen führen muss. Und es gibt nicht nur eine Nachwuchskrise, es gibt einen Lehrermangel überhaupt, denn das Besoldungsrecht an den Junglehrern pflanzt sich, wenn auch nicht in so krasser Form, zu den älteren Kollegen fort. Es häufen sich die Fälle, da ältere Lehrer, die noch elastisch genug sind, in den weitaus besser dotierten Verwaltungsdienst der Industrie wechseln.

Die Besoldung der Lehrer ist Ländersache. Nun wird den Lehrern in Aussicht gestellt, dass durch die vom Bund vorbereitete "Kleine Besoldungsreform", die für alle Staatsbeamte gelten soll, auch ihnen geholfen werde. Die Junglehrer werden dabei leer ausgehen. Auch von den Kultusministern wird die angekündigte Reform als unzureichend angesehen, in diesem Gremium hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass nur eine eigene Lehrerbesoldung den besonderen Verhältnissen gerecht wird. Niedersachsens Kultusminister Voigt, der selbst einmal Lehrer war und vor kurzem turnusgemäß zum Präsidenten der ständigen Konferenz der Kultusminister gewählt wurde, ist dieser Tage von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Lehrerverbände zu diesem Komplex befragt worden. Die Tätigkeit der Lehrer, so sagte der Minister, sei mit der der Verwaltungsbeamten nicht vergleichbar, eine Lehrerbesoldung sei daher erstrebenswert. Zur Junglehrerbesoldung: Er und seine Kollegen in den anderen Ländern seien sich darüber einig, dass die heutige dritte Besoldungsstufe das Anfangsgehalt eines Junglehrers sein sollte.

Das wären um 30-40 DM im Monat mehr als heute. Es wäre gewiss nicht viel und gemessen an dem, was unter vergleichbaren Verhältnissen in der freien Wirtschaft gezahlt wird, ein Pappentier. Aber die Junglehrer könnten vielleicht an dem gezeigten guten Willen das Gefühl los werden, dass sie Ausbeutungsobjekt des Staates sind.

Gegenmassnahmen

(sp) Das Geheimnis gelegentlicher Erfolge im Kampf gegen sowjetischen oder sowjetzonalen Terror ist die unermüdliche hartnäckigste Behandlung eines solchen Falles in breitester Öffentlichkeit, verbunden mit Repressalien.

Die Berliner Bevölkerung hat in der vergangenen Woche leidenschaftlich gegen die Entführung des Rechtsanwaltes Dr. Linse, eines Mitarbeiters im "Unterausschuss freier Juristen", protestiert. Der Leiter dieses Ausschusses hat jedoch erklärt, mit blossen neuen Protesten komme man nicht mehr aus. Auch Prof. Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin, hat einen dringenden Appell an die ganze Welt, in erster Linie an die westlichen Grossmächte gerichtet, sich des Falles anzunehmen, und ebenso hat die sozialdemokratische Fraktion von der Regierung eine Zusammenstellung aller bisherigen Fälle von Menschenraub durch die Bundesregierung verlangt. Sie hat noch einmal einen indirekten Appell an die Westmächte gerichtet, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um von den Russen die Herausgabe der bisher Verschleppten zu erreichen.

Die früheren Alliierten der Sowjetunion, ihre jetzigen erbitterten Gegenspieler, haben noch am ehesten die Chance, sich durchzusetzen, kraft des politischen Gewichtes, das sie besitzen, und weil sie die Möglichkeit haben, auch für die Sowjets recht schmerzhaft und unangenehme Vergeltungsmassnahmen zu treffen. Das Beispiel des Funkhauses der Russen im britischen Sektor hat das bewiesen. Auch sind eigentliche politische Repressalien durchaus denkbar. - Die Westmächte garantieren die Freiheit Berlin, so haben sie feierlich erklärt. Dann müssen sie sich aber auch für die persönliche Freiheit des einzelnen Berliners einsetzen.

In Berlin ist es gegen kommunistische Zwischenrufer auf der grossen Kundgebung am 10. Juli auch zu Zwischenfällen gekommen, bei denen einige dieser störenden Elemente fast gelyncht wären. Dass sich das inmitten der Berliner abspielte, die trotz eines Unmasses von erlittenen Schikanen und Leiden bisher immer nüchtern und selbstbeherrscht geblieben sind, zeigt den ganzen Umfang der Erregung, die sich der Bevölkerung bemächtigt hat.

Es sind viele kommunistische Agenten in Westberlin und Westdeutschland tätig und sehr viele, vielleicht die meisten von ihnen, kennt man. Daran soll man sich erinnern. Die Forderung Reuters nach einer "Justiz, die künftig härter gegen kommunistische Agenten" sein müsse, ist in diesem Zusammenhang ein guter Hinweis, wenn er auch noch nicht ausreicht. Es gibt eine Menge von Mitteln und Wegen, auf denen man in einer für die Russen sehr unangenehmen und ihre Interessen schädigenden Weise aufwarten könnte. Das sollte man tun, ohne allzu viele formalistische Hemmungen. Beim Fall Linse muss endlich der Anfang gemacht werden.

Verantwortlich: Peter Raunau